



Treffpunkt Hohenberg, Montagabend – Boris Palmer (Zweiter von rechts) mit Kristina Sauter und Gästen vor dem Flurrundgang.

Bild: Kuball

Alles auf die Querspange!

Kein unnützer Landverbrauch: Palmer lehnt die B 28 auf dem Hohenberg als Brücken-Anschluss ab

HORB. Der Grüne Boris Palmer ist auch gegen eine B 28-Trasse auf dem Hohenberg. Eine solche wäre nur dann zu akzeptieren, wenn die Gäutrasse gebaut würde. Palmer stützt damit die Position der Offenen Grünen Liste, die die Querspange als Mitbenutzungstrasse fordert. – Der Landtagsabgeordnete Palmer sprach am Montag im „Steiglehof“ über Flächenverbrauch, Zersiedelung der Landschaft und Verkehrspolitik.

Palmer war auf Einladung von Bündnis 90/Die Grünen und der Offenen Grünen Liste nach Horb gekommen. Stadträtin Kristina Sauter hatte zuvor einen zweistündigen Flurrundgang nach Bilschlingen organisiert. Zur Diskussion im „Steiglehof“ waren später knapp 20 Interessierte gekommen.

Wie die OGL plädiert auch Boris Palmer in der Verkehrsfrage für die Querspange als Mitbenutzungstrasse, um Eingriffe in die Landschaft zu vermeiden. Entlang der bestehenden Wohnbebauung auf dem Hohenberg reichen Lärmschutzwände und eventuell die partielle Absenkung der Straße aus. „Aber eine weitere Überprüfung der Planung ist ohnehin unabdingbar.“

Etwa ein Achtel der Fläche der Bundesrepublik ist bereits bebaut. Gute 40 Prozent gehen davon für

den Verkehr drauf. Im Jahr 1960 standen jedem Bundesbürger rund 20 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, heute liegt der Durchschnitt bei mehr als 41 Prozent. Die Kernstädte wachsen kaum, Neuansiedelungen sind sehr gering, in manchen Städten gar rückläufig. Dieses Problem, sagt Palmer, betreffe auch Horb.

Generell sei im ländlichen Raum rund 30-mal mehr neue Gewerbefläche ausgewiesen worden als in den Städten. Das wiederum führe zu mehr Verkehr und einem höheren Bedarf an Straßen. „Mehr Gewerbegebiete, das heißt nicht automatisch auch mehr Arbeitsplätze“, stellte Palmer klar und legte eine Statistik der IHK Neckaralb vor. Danach gab es in dieser Region 1988 noch 216 000 Beschäftigte, zehn Jahre später war die Zahl der Beschäftigten auf 212 000 gesunken – trotz stetig

steigender Ausweisung von Gewerbefläche.

Am Beispiel Ergenzingen-Ost sei dies ganz deutlich zu erkennen. Hier sei eine große Gewerbefläche ausgewiesen worden, aber die Supermärkte und die Tankstelle, die dort angesiedelt wurden, stellen kaum neue Arbeitsplätze zur Verfügung. Oft werden Firmen auch einfach nur umgesiedelt. „Nach dem Prinzip: Weiterziehen, wenn der Urwald abgeholzt ist!“

13 Hektar werden pro Tag in Baden-Württemberg verbaut. „Eine Tendenz, die dramatisch ist“, sagte Palmer. Boden habe eine Regenerationszeit von 5000 Jahren und mehr, um aus Ödland wieder fruchtbaren Humus werden zu lassen.

„Geldmangel ist halt doch manchmal ein Segen!“, sagte Palmer. Denn vom Flächenverbrauch her sei die Horber Brücke „wesentlich besser“ als die Gäutrasse. Für die Brücke müsse man sich nun halt „was Schönes überlegen“, denn die sei künftig die Visitenkarte der Stadt. Die *Golden Gate Bridge* in San Francisco sei auch ein Eingriff in die Natur, würde aber trotzdem von aller Welt wegen ihrer Schönheit bewundert. „Vielleicht“, feixte Palmer, „gibt's ja hier eines Tages die *Golden Horb Bridge*“.

Um den „Fehlsteuerungen“ der vergangenen Jahre entgegenwirken zu können, hatte Palmer einige Lösungsvorschläge mitgebracht, die heftig diskutiert wurden. So soll, nach Ansicht Palmers, künftig der Verbau der Fläche, nicht der Wert dessen, was auf einem Grundstück steht, versteuert werden.

Weiter soll die Eigenheimzulage nur jenen zugute kommen, die sie auch wirklich benötigten, vorrangig Familien mit Kindern. Eine Baulandsteuer halte er für sinnvoll, ebenso die Festsetzung von Mindestdichten, um Unternutzung entgegenzuwirken.

In Bezug auf den Verkehr forderte Palmer die Umwandlung der Kilometerpauschale, da diese durch die Steuervorteile für Berufspendler die Suburbanisierung verstärke. Eine Kilometer-abhängige Schwerverkehrspauschale auch auf Bundesstraßen sei erforderlich, ebenso Quartiersgaragen mit entsprechender Anbindung über den ÖPNV.

„Es gibt natürlich immer Handlungsgrenzen“, warf Palmer ein. „Aber ich wäre nicht in der Politik, wenn ich nicht daran glauben würde, dass man durch die Kraft von Argumenten etwas erreichen könnte.“

Marike Römmler